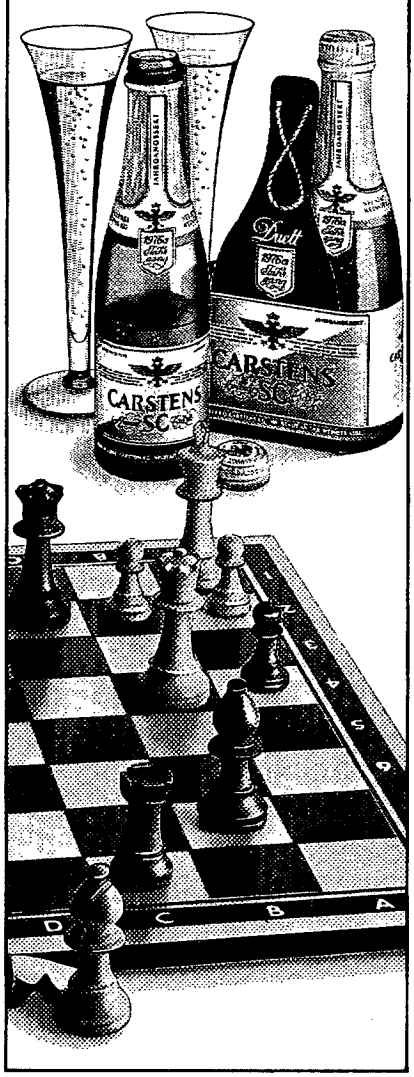
CARSTENS
Special SC Cuvée
Duett
Zwei für einen kleinen Auftritt


RÜSTUNGSEXPORT

Still und heimlich

Trotz Protesten der Sozialdemokraten will die Bundesregierung an dem geplanten Waffengeschäft mit Saudi-Arabien festhalten – und zugleich ihre Selbstbeschränkung beim Rüstungsexport in alle Welt aufgeben.

Als der stellvertretende SPD-Vorsitzende Hans-Jürgen Wischnewski vorletzten Sonntag erfuhr, daß der SPIEGEL ein sorgsam gehütetes Staatsgeheimnis, das geplante Waffengeschäft mit Saudi-Arabien, lüfte, schreckte er zusammen. „Ich dachte gleich", so berichtete der Vertraute arabischer Potentaten und Revolutionäre, „o Heimatland, o Heimatland, auch das noch."

Ben Wisch zählte zu den wenigen Spitzenpolitikern, die von dem beabsichtigten Rüstungsexport in die explosive Nahostregion wußten. Bis dahin war das Thema nur im engsten Führungszirkel der Regierung, zwischen Kanzler Helmut Schmidt und Vize Hans-Dietrich Genscher, bei einem wöchentlichen Koalitionsgespräch und während der Regierungsbildung nach der Wahl, angesprochen worden.

Die Eingeweihten mochten ohne Not über das brisante Thema nicht reden. Allen war bewußt, daß eine solche Entscheidung zuvor abgesichert werden müßte, in Bonn und bei den Partnern im Ausland, besonders mit dem neuen US-Präsidenten Ronald Reagan.

Auch die Hauptbetroffenen, die Israelis, die in latentem Kriegszustand mit allen Arabern leben, sollten vorsichtig unterrichtet werden, obwohl die Deutschen glauben, der israelische Geheimdienst wisse ohnehin längst Bescheid. Und der Außenminister wollte, nach Genscher-Art, auch die Opposition vorweg für den Coup erwärmen.

Am Montag der vergangenen Woche, in der Direktorenrunde des Auswärtigen Amtes, entdeckten Genschers Spitzenbeamte bei der SPIEGEL-Lektüre über die Gespräche zwischen dem Kanzler und seinen saudischen Besuchern König Chalid und Außenminister Saud al Feisal „viele Einzelheiten", so ein Teilnehmer, „die wir so nicht wußten". Ihnen war bis dahin nicht aufgegangen, wie konkret die Abrede gediehen war, die König und Kanzler getroffen hatten.

Während die arabischen Blätter die Neuigkeit mit großer Befriedigung verbreiteten, spürte ein Bonner Diplomat in Israel „große Aufregung".

Die Israelis fürchten, daß in der Zukunft deutsche Panzer an der Front gegen ihr Land auftauchen. Sie zweifeln an einer westlichen Politik, die Saudi-Arabien als Bastion gegen den Osten aufbauen will. „Mit ähnlichen Argumenten", so die Morgen-Zeitung „Haaretz", „wurde vor weniger als 50 Jahren die deutsche Militärindustrie von einem anderen Kanzler aufgebaut."



Minister Genscher, Feisal
„Panzer zur Selbstverteidigung"

Der größte Unsicherheitsfaktor für den Kanzler waren und sind freilich die Sozialdemokraten. Denn in unzähligen Voten von Parteitagen und Fraktionsgremien hat die SPD festgelegt, daß der Export von Kriegsgerät nur äußerst restriktiv betrieben werden soll. Erst vor wenigen Wochen hatte sich massiver Widerstand gegen den vom Kanzler schon gebilligten Plan erhoben, dem chilenischen Militärregime U-Boote zu liefern.

Mit historisch-moralischen Argumenten empörten sich nicht nur SPD-Linke wie Norbert Gansel, sondern auch engagierte Anhänger einer Aussöhnung mit Israel. Gansel postuliert als „Lehre aus der deutschen Geschichte", daß von deutschem Boden „nie wieder Hilfe zum Krieg ausgehen sollte".

In einem SPIEGEL-Interview sagt Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger, Vorsitzende der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe, voraus: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß es eine Zustimmung zu Waffenlieferungen an Saudi-Arabien geben könnte" (siehe Seite 26).

Die Diskussion um den Rüstungsexport geht vielen Sozialdemokraten an den Nerv. Mit Unbehagen reagierten schon zahlreiche Genossen auf Wünsche der USA, der Bündnis-Partner oder der deutschen Christdemokraten, die Bundesrepublik müsse sich auch

außerhalb der Nato, speziell am Persischen Golf, militärisch engagieren. „Wenn jetzt Waffen geliefert würden", fragt Marie Schlei, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, „wäre das nicht auch schon militärisches Engagement?"

Um den eingeschworenen Gegnern des Geschäfts nicht die Öffentlichkeit zu überlassen, vereinbarten die Bonner Stallwachen Genscher, Wischnewski und der neue Kanzler-Staatssekretär Manfred Lahnstein, eine flotte Gegenaktion. Der SPD-Vize und der Vize-Kanzler sollten nach Art der Vorwärtsverteidigung eine neue Politik intonieren.

Am Mittwoch legte Wischnewski vor Journalisten die Kanzlergründe für den Export dar und offenbarte, es gehe hier um eine „ganz schwere Geschichte, die eiskalt behandelt werden muß".

Einen Tag später ließ Genscher zwar Skrupel erkennen („Ich betreibe die Sache nicht"), machte aber deutlich, daß es nötig sei, aus außen- und wirtschaftspolitischen Gründen die Saudis „in die Lage zu versetzen, sich selbst zu verteidigen".

Still, heimlich und eiskalt wollen die regierenden Sozialliberalen bei ihren Rüstungsgeschäften von den alten Grundsätzen abrücken.

Bislang galt, wenigstens offiziell, als Richtschnur der Kabinettsbeschluß von 1971, daß Waffen nicht in Spannungsgebiete geliefert werden dürfen. Wischnewski und Genscher verwenden zwar noch die alten Begriffe und beteuern, Saudi-Arabien sei, trotz des erklärten „Heiligen Kriegs" gegen Israel, kein Spannungsgebiet. Doch in Wirklichkeit gilt schon eine neue Maxime.

Künftig soll nämlich das nationale Interesse, was immer dies sei, als entscheidendes Kriterium herhalten. Das Auswärtige Amt definiert keine Spannungsgebiete mehr, sondern nur noch, wo und in welchem Grad Spannung herrscht. Gestützt auf die schwammige Floskel vom nationalen Interesse, kann die Regierung sich wirtschaftliche oder außenpolitische Vorteile verschaffen, wann und wo sie mag. Ein Kabinettsmitglied zieht die neue Linie: „Dann wird es auf die Abwägung ankommen."

Eigentlich war dies schon seit längerem Brauch. Immer öfter wurde abgewogen, daß eine Waffe wohl ein eher ziviles Ausfuhrgut sei oder daß Fabrikationsanlagen für Schießgerät nicht unter die Selbstbeschränkung für Waffenexporte fielen. Die deutschen Rüstungslieferungen in die Welt, in den letzten fünf Jahren für 5,93 Milliarden Mark, widersprechen schon lange den öffentlich beteuerten guten deutschen Vorsätzen.

„Nur in insgesamt geringfügigen Ausnahmefällen erlauben wir überhaupt Waffenlieferungen an Staaten außerhalb unseres eigenen Bündnisses", behauptete das Verteidigungs-Weißbuch 1979. Doch die Praxis im selben Jahr sah ganz anders aus.

So landeten zwei Drittel des von den Westdeutschen exportierten Rüst-Zeugs in Ländern, die der Dritten Welt angehören. „Die Bundesrepublik", moniert das Stockholmer Friedensforschungsinstitut (SIPRI), „nimmt zunehmend den Rang eines Großwaffenexportlandes ein."

Nach Regierungsansicht handelt es sich bei den staatlich genehmigten Rüstungsexporten „überwiegend um leichtes und mittleres Infanteriegerät, insbesondere Handfeuerwaffen und Munition sowie um Kriegsschiffe" (der Parlamentarische Wirtschafts-Staatssekretär Martin Grüner). Im übrigen habe die Waffenausfuhr im letzten Jahrzehnt nie mehr als ein halbes Prozent des deutschen Gesamtexports erreicht.

Doch die Zahlen der U.S. Arms Control and Disarmament Agency (ACDA) weisen aus, daß die Deutschen in der Kriegsbranche auf Wachstum setzen. So erreichten die Rüstungsexporteure in den letzten zehn Jahren, gemessen an den anderen großen Waffenhandelsländern, die höchsten Zuwachsraten.

In der Liste der US-Behörde sind 80 Importländer deutscher Rüstungsgüter genannt, darunter 71 Entwicklungsländer.

Das Bonner Weißbuch 1979: „Der Export von Rüstungsgütern in Staaten der Dritten Welt bleibt grundsätzlich problematisch."

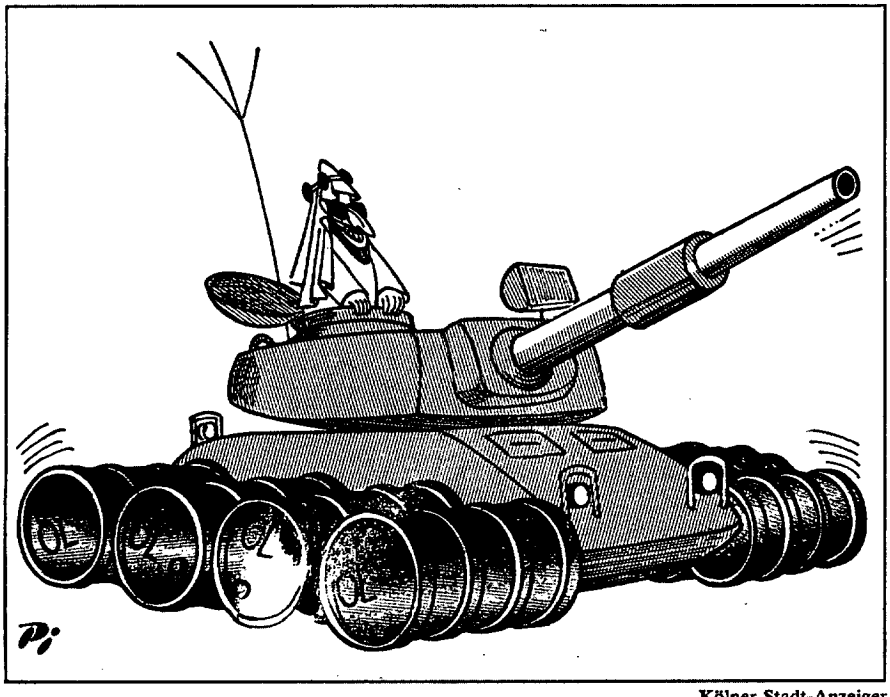
Nicht problematisch genug, daß nicht deutsche Rüstungsbetriebe mit Bonner Zustimmung auch an explosive Adressen wie Israel, Iran, Chile, El Salvador oder Argentinien hätten liefern können.

Die argentinische Junta bezog seit 1974 für fast 120 Millionen Mark Schnellboote, Torpedos, Flugabwehrkanonen und Panzerabwehrraketen. Das Schah-Regime in Teheran erhielt Munition, Maschinenpistolen, Gewehre, Handgranaten und schließlich auch, über die bundeseigene Firma Diag in Berlin, komplette Fabriken für deren Herstellung.

Unverfänglicher, weil zum Einsatz bei inneren Wirren ungeeignet, ist ein anderer deutscher Exportschlager: U-Boote. Die Unterwasserschiffe von Howaldt in Kiel oder den Nordseewerken in Emden wurden außer von Argentinien von Kolumbien, Peru, Ecuador und Venezuela geordert — nun soll auch Chile beliefert werden.

Weniger spektakulär, aber nicht minder kriegerisch sind jene Waren, die als „sonstige Rüstungsgüter" exportiert werden. So hilft der Elektro-Konzern AEG der syrischen Armee für rund 100 Millionen Mark mit seinem Artillerie-Computer „Falke" TR 84 aus — als Garant für optimale Trefferquoten. Auch Nachtsichtgeräte, Laser-Entfernungsmesser und selbst ein maßgeschneidertes Zielgerät für die Modernisierung einer sowjetischen Panzerkanone lieferte der westdeutsche Konzern nach Syrien.

An dem massenhaften Einsatz deutscher Speziallastwagen in Kriegsgebieten entzündete sich schon seit Jahren Kritik; Lkws aber gelten nicht als Kriegsgüter. Jetzt beteiligt sich Daimler-Benz im Apartheid-Staat Südafrika am Bau einer Fabrik für Dieselmotoren, und unter Experten gibt es keinen Zweifel, daß die Motoren auch in Südafrikas Panzerfahrzeuge eingebaut werden. Die Ausfuhr von Blaupausen



Kölner Stadt-Anzeiger

Leopard-Spezialmodell

„Das ist eine Frage der Moral"

SPIEGEL-Interview mit SPD-MdB Annemarie Renger über Panzer-Exporte nach Saudi-Arabien

SPIEGEL: Frau Renger, bisher galt in Bonn der Grundsatz, kein deutsches Kriegsgerät in Spannungsgebiete zu liefern. Würde dieser Grundsatz durch den Verkauf von Panzern an Saudi-Arabien durchbrochen?

RENGER: Wir haben das Kriegswaffenkontrollgesetz, und wir haben den Kabinettsbeschluß von 1971, daß prinzipiell in Spannungsgebiete kein Kriegsgerät geliefert werden darf. An diesem Grundsatz hat sich bisher nichts geändert.

SPIEGEL: Da ändert sich sehr wohl etwas.

RENGER: Es ist gelegentlich mal überlegt worden, ob die Frage, was Spannungsgebiet ist, nicht neu definiert werden müßte; so auch, ob Saudi-Arabien noch zu den Spannungsgebieten, die unter das Gesetz fallen, gerechnet werden muß.

SPIEGEL: Halten Sie Saudi-Arabien für ein Spannungsgebiet?

RENGER: Ja, ohne Zweifel. Die gesamte Region ist ein Spannungsgebiet. Wer das leugnet, den verstehe ich nicht. Die Saudis reden vom Heiligen Krieg, der gegen Israel geführt werden müsse. Zur Zeit ist keine Änderung in dieser Haltung abzusehen. Dann haben sich in Saudi-Arabien Ereignisse abgespielt, die nicht gerade sehr beruhigend wirkten.

SPIEGEL: Sie meinen die Besetzung der Moschee in Mekka durch religiöse Fanatiker?

RENGER: Ja, und vor allem das, was sich aus der iranischen Revolution und aus der revolutionären Situation in den islamischen Staaten überhaupt ergeben könnte.

SPIEGEL: Konkret: Sie fürchten, daß die Prinzen von einem Regime gestürzt werden können, das dann deutsche Panzer gegen Israel einsetzt?

RENGER: Ich weiß nicht, was für ein Regime kommen könnte. Aber Veränderungen sind möglich, und auch eine Regierung der religiösen Führer würde zum sogenannten Heiligen Krieg aufrufen, wie sich gezeigt hat.

SPIEGEL: Die Befürworter von Waffenlieferungen an Saudi-Arabien argumentieren, das Land solle nur in seiner Verteidigungsbereitschaft gegen einen sowjetischen Zugriff auf die Ölregion am Persischen Golf gestärkt werden. Der Konflikt mit Israel werde dadurch nicht verschärft.

RENGER: Ich sage ja nicht, daß man den Saudis nicht in einer bestimmten Form helfen muß, diese Bastion zu halten.

SPIEGEL: Aber nicht militärisch?

RENGER: Nicht militärisch von den Deutschen. Es ist ja bekannt, daß die Vereinigten Staaten militärische Rüstungsgüter jeder Art, die zur Sicherung Saudi-Arabiens dienen, zur Verfügung stellen. Dazu muß man wissen, daß Amerika nicht nur Bedingungen an die Lieferungen geknüpft hat, sondern auch imstande ist, politisch und



Export-Gegnerin Annemarie Renger
„Ohne Zweifel Spannungsgebiet"

auch sonst dafür zu sorgen, daß diese Bedingungen eingehalten werden.

SPIEGEL: Welche Bedingungen meinen Sie?

RENGER: Daß diese Waffen nicht gegen Israel verwandt werden können.

SPIEGEL: Könnten die Deutschen darauf nicht genauso bestehen?

RENGER: Wir hätten nicht die Macht, das zu erzwingen. Aber es ist nicht nur eine Frage der Macht, sondern vor allem eine Frage der moralischen Qualität. Eine Lieferung deutscher Rüstungsgüter an arabische Staaten, an Saudi-Arabien, würde mit Sicherheit nicht nur eine Verschlechterung der Beziehungen zu Israel bewirken, sondern objektiv in Israel den Eindruck erwecken, die Deutschen würden sich über israelische Sicherheitsinteressen hinwegsetzen.

SPIEGEL: Kann man den Israelis denn nicht plausibel machen, daß die Bundesrepublik einiges tun muß, um ihre Ölversorgung sicherzustellen?

RENGER: Die Versorgung mit Öl ist der entscheidende Punkt in dieser Auseinandersetzung, der gern verschleiert wird. Nur habe ich da zwei Einwände. Zunächst einmal: Können wir uns auf die Dauer von Öllieferanten erpressen lassen? Alle, die wie ich gegen die Lieferung von Waffen sind, müssen auch sagen, daß wir unabhängiger vom Öl werden wollen. Wir können nicht länger so tun, als ob es nicht eine Zwangsläufigkeit wäre, in einem gewissen Umfang auch Atomenergie zu erstellen.

SPIEGEL: Und Ihr zweiter Punkt?

RENGER: Wir sollten nicht so tun, als ob wir unsere Ölversorgung nur durch Waffenlieferungen sichern könnten. Ich sage: Nein, das ist nicht erforderlich. Wenn die Amerikaner Waffen liefern, um die Saudis zu stärken, müssen wir überlegen, was wir sonst tun können, um den Saudis zu helfen. Über die Verteilung der Lasten wird man eines Tages reden müssen. Ich bin nicht bereit, Rüstungsexport in Spannungsgebiete mit wirtschaftlichen Interessen oder dem Erhalt von Arbeitsplätzen zu verteidigen.

SPIEGEL: Deutsches Kriegsgerät, das gemeinsam mit Frankreich entwickelt und produziert wird, verkauft Paris seit langem in den Nahen Osten, etwa an Syrien, ohne daß Bonn protestiert.

RENGER: Wir haben zwar nicht gesagt, daß die Franzosen nach Syrien liefern sollen. Aber da gibt es gewisse Grauzonen, die man demnächst stärker durchleuchten muß, da bin ich ganz sicher.

SPIEGEL: Eher müssen Sie die Ko-Produktion mit Frankreich einstellen, als daß Sie Paris bewegen können, auf den Export zu verzichten.

RENGER: Ich habe keine abschließende Antwort. Ich glaube nur nicht, daß wir sagen können: Wir liefern nicht, wir halten uns moralisch frei, aber wir wissen wohl, daß unsere Verbündeten auch mit unserer eigenen Produktion im Geschäft sind. Das wäre nicht ehrlich.

SPIEGEL: Sie sagen: Geschäftemacherei mit Waffen verbietet sich für die Deutschen aus moralischen Gründen. Haben sich denn die Beziehungen zu Israel nicht so weit normalisiert, daß man besondere moralische Rücksichten nicht mehr zu nehmen braucht?

RENGER: Es gibt eine staatliche Normalisierung, zweifellos. Aber der moralische Hintergrund der deutsch-israelischen Beziehungen kann auch für weitere Generationen nicht aus unseren Köpfen verschwinden.

SPIEGEL: Der Bundeskanzler vertritt gelegentlich die Ansicht, die Belastung durch die Nazi-Vergangenheit müsse irgendwann einmal enden. Auch in Israel habe man dafür inzwischen ein gewisses Verständnis entwickelt.

RENGER: Das ist kein Gegensatz. Ich bin eine derjenigen, die, auch als langjährige Vorsitzende der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe immer gesagt hat, daß unsere Kinder und Kindeskinder nicht die Last unserer Schuld — die ich zwar nicht als eine generelle Schuld aller Deutschen, aber vieler Deutscher ansehen muß — tragen können. Aber daß sie sich aus dem geschichtlichen Zusammenhang einfach lösen können, als ob das nicht gewesen wäre, das ist nicht möglich.

SPIEGEL: Angenommen, die Bundesregierung würde sich Ihre Bedenken nicht zu eigen machen — wie würden die Israelis reagieren?

RENGER: Ich fürchte, daß in einem solchen Fall sich Eiseskälte auf die Beziehungen legen würde und daß all das, was durch eine kluge Politik in Ordnung gebracht worden ist, wieder gefährdet würde.

SPIEGEL: Könnte man diese Gefahr nicht dadurch bannen, daß mögliche Gegenforderungen der Israelis großzügig erfüllt würden?

RENGER: Welche?

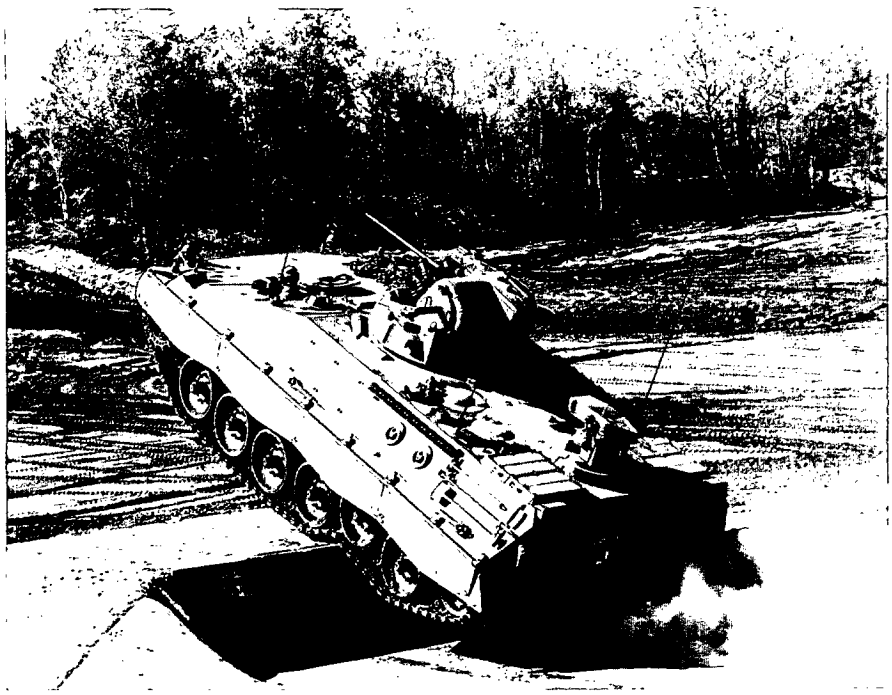
SPIEGEL: Wirtschaftliche zum Beispiel, Sonderrechte für den Zugang zum Europäischen Markt.

RENGER: Ich hoffe nicht, daß die Israelis moralisches Fehlverhalten dann ihrerseits mit einer gleichen moralischen Zuwiderhandlung beantworten würden.

SPIEGEL: Sollte die Bundesrepublik beide Seiten militärisch beliefern?

RENGER: Nein, ich glaube, daß dies nicht unsere Aufgabe ist. Wir sollten nicht dazu beitragen, die Spannungen in dieser Region zu verstärken. Das könnte am Ende die Sowjet-Union vor die Tore Israels bringen.

SPIEGEL: Gibt es in der SPD-Fraktion eine Mehrheit für das Saudi-Geschäft?



Westdeutscher Export-Panzer „Marder": „Da gibt es gewisse Grauzonen"

RENGER: Ich glaube, daß meine Kollegen in der SPD-Fraktion diese Dinge ähnlich sehen, wie ich es eben geschildert habe. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es eine Zustimmung zu Waffenlieferungen in arabische Länder, an Saudi-Arabien, geben könnte. Das ist keine Frage von rechts oder links.

SPIEGEL: Sie sehen also für den Kanzler große Schwierigkeiten voraus, falls er auf der Panzer-Lieferung beharren sollte?

RENGER: Ich sehe für den Kanzler keine großen Schwierigkeiten, weil ich davon ausgehe, daß der Kanzler seine Meinung in einer ähnlichen Weise entwickeln wird. Ich kann mir nach Kenntnis der Dinge eine andere Auffassung von ihm in der Konsequenz seiner Politik nicht vorstellen.

SPIEGEL: Es wird nicht geliefert?

RENGER: Sie sagen es.

selbst in Staaten, mit denen laut Uno-Beschluß ein Handel in Militärsachen verboten ist, wird dann erlaubt, wenn mit dem Know-how auch Ziviles geschaffen werden kann.

Längst entzieht sich deutscher Regierungskontrolle, was mit Hilfe deutscher Konstruktionszeichnungen in französischen, britischen oder italienischen Flugzeug- und Raketenwerkstätten geschieht. So lieferte Frankreich die deutsch-französische Panzerabwehrrakete „Hot" an Syrien und den Irak, ohne daß Bonn den Export verhindern konnte.

Ausländische Interessenten erhalten schon mal einen Einkaufstip, falls das gewünschte Kriegsgerät noch auf dem Index steht und nicht direkt exportiert werden kann. So empfahl Kanzler Schmidt dem saudischen Außenminister Prinz Saud al Feisal, sich in Argentinien nach „Marder"-Panzern zu erkundigen: Die deutschen Panzerfahrzeuge werden dort als Kampfpanzer „Tam" in Lizenz nachgebaut.

Sollte nunmehr der direkte Waffenexport nach Saudi-Arabien genehmigt werden, sollten die Bonner die „nationalen Interessen" künftig weniger moralisch und mehr wirtschaftlich verstehen, wäre eine gefährliche Entwicklung in Sicht. „Wenn einmal die Schleusen geöffnet sind", weiß auch Regierungssprecher Kurt Becker, sei „weltweit ein Nachahmungseffekt" zu erwarten. Und jeder Staat, der deutsche Waffen wünscht, aber nicht erhalten soll, wird sich von Bonn beleidigt fühlen.

Schon jetzt haben die Vereinigten Emirate, Kuweit und Nordjemen ihr Interesse angemeldet. Die Emirate sind wie die Saudis scharf auf den weltweit renommierten Kampfpanzer Leo 2. Auch Libyen möchte gern 200 davon bestellen, ebenso ist Ägypten an dem Wunder-Ding interessiert.

Schon schwant den Bonner Außenhändlern, daß auch die Israelis Forderungen stellen könnten, nach wirtschaftlicher Hilfe oder auch nach Gleichbehandlung mit Leo-Panzern. Die AA-Staatsministerin Hildegard Hamm-Brücher findet: „Das ist die mindeste Konsequenz." Becker aber wehrt ab: „Wir dürfen nicht zum Großlieferanten werden. Da kommen wir auf die schiefe Ebene."

Die Bonner bewegen sich schon darauf zu. Um die Aufregung in der SPD-Fraktion wegen des Saudi-Geschäfts zu dämpfen, hatte Schmidt öffentlich versprochen, die U-Boot-Lieferung nach Chile zu überprüfen.

Inzwischen aber raten der Außenminister und Schmidts Helfer im Kanzleramt dem Regierungschef, das Chile-Geschäft keinesfalls rückgängig zu machen. Außer Schadenersatzforderungen Chiles fürchten sie einen Verlust deutscher Glaubwürdigkeit in der Welt.

„Der Kanzler", so sein Regierungssprecher Becker, „liest und brütet zur Zeit." ◆